

Politik für Frieden und Kooperation statt Aufrüstung und Konfrontation!



Die Spannungen zwischen NATO und Russland haben in den letzten Wochen gefährlich zugenommen. Gleichzeitig wird auch der Kurs der westlichen Staaten gegenüber China immer schärfer. Ein neuer Kalter Krieg gegen die beiden stärksten Rivalen der westlichen Mächte ist in vollem Gange und Deutschland spielt dabei weiterhin eine führende Rolle. Die neue Bundesregierung droht die konfrontative Politik sogar noch zu verschärfen. Der Koalitionsvertrag sieht auch weiterhin massive Aufrüstung, u.a. auch mit Kampfdrohnen, Teilhabe an Atomwaffen und Beteiligung an der NATO-Kriegspolitik vor.

NATO forciert neuen Kalten Krieg

Nicht nur im Osten Europas wächst die Kriegsgefahr, auch in Afrika, im Pazifik und im Nahen und Mittleren Osten drohen neue Kriege. Zudem werden immer mehr unabhängige Staaten von den USA und ihren Verbündeten mit eigenmächtigen Sanktionen und Wirtschaftsblockaden unter Druck gesetzt. Gleichzeitig treiben die USA und ihre Partner die Einkreisung Russlands und Chinas weiter voran.

Begründet wird diese Politik mit dem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte. Dies geschieht jedoch nicht nur sehr selektiv, indem doppelte Standards geradezu ein Prinzip sind, Tatsächlich geht es in erster Linie darum, mit allen Mitteln die westliche Vormachtstellung in der Welt zu verteidigen. *„Wir sind in einem Wettstreit um den Sieg im 21. Jahrhundert“*, so US-Präsident Biden auf dem G7-Treffen im Juni, *„und der Startschuss ist gefallen.“*

Fortlaufend führen die USA und ihre NATO-Partner in diesem Kontext Militärmanöver mit beträchtlichen Truppenkontingenten in der Nähe der russischen Grenzen und sogar in der Ukraine durch. Im Schwarzen Meer kam es bei Kriegsübungen ihrer hochgerüsteten Flotten schon zu brenzigen Zusammenstößen. Wenn jedoch Russland größere Wintermanöver an seiner Westgrenze durchführt, wird dies zur großen Bedrohung der Ukraine, wenn nicht der baltischen Staaten hochstilisiert. Die Frage, welchen Grund die russische Führung haben

sollte, selbst eine militärische Konfrontation zu beginnen, bei der sie nur verlieren kann, geht dabei völlig unter.

Ausgeblendet wird auch, dass die Sezessionsbestrebungen der mehrheitlich russischen Gebiete in der Ukraine, inklusive der Krim, durch einen vom Westen geförderten Putsch rechter, stark russenfeindlicher Kräfte provoziert wurden und nicht von angeblichen Expansionsgelüsten Moskaus.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, das Sicherheitsbedürfnis von Russland genauso anzuerkennen wie das der Mitglieder des transatlantischen Militärpaktes. Schließlich ist nicht Russland nach Westen vorgedrungen, sondern die NATO nach Osten – entgegen der Zusagen gegenüber dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. Grenznahe Militärmanöver sowie Waffenlieferungen an die Ukraine müssen unverzüglich gestoppt werden.

Interventionspolitik der „Ampel-Koalition“

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, FDP und Grünen und erste Äußerungen der neuen Regierung signalisieren, dass die deutsche Außen- und Militärpolitik in Zukunft keineswegs friedlicher wird.

Statt Lehren aus der Beteiligung am verheerenden NATO-Krieg gegen Afghanistan zu ziehen, sollen Auslandseinsätze der Bundeswehr fortgesetzt werden. Unter der Losung „Durch-

setzung einer regelbasierten internationalen Ordnung“ droht sogar eine Ausweitung der Interventionspolitik.

Regelbasiert“ bedeutet, dass statt dem etablierten Völkerrecht, die eigenen, gemeinsam mit den Bündnispartnern festgelegten Regeln weltweit gelten sollen – insbesondere in der Auseinandersetzung mit den beiden Hauptrivalen, Russland und China, und beim Zurückdrängen ihres Einflusses in der Welt.

Abrüstung – Fehlanzeige

Die im Koalitionsvertrag vollmundig angekündigte „abrüstungspolitische Offensive“ entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Ansammlung vager Absichtserklärungen. Statt den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, will man nur Beobachter zur Staatenkonferenz über den Vertrag entsenden, „in enger Absprache“ mit den Alliierten.

In der Praxis werden jedoch weiterhin Atomwaffen in Deutschland einsatzbereit gelagert und wird an der „nuklearen Teilhabe“ an diesen Bomben als Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie der Bundeswehr festgehalten. Mit der geplanten Anschaffung atomwaffenfähiger Kampffjets als Ersatz für die Bundeswehr-Tornados, die gut acht Milliarden Euro verschlingenden wird, wird sie zementiert.

Wir fordern dagegen von der neuen Regierung eine Politik, die auf Entspannung und Abrüstung setzt, die Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet sowie auch die Unterstützung von Wirtschaftsblockaden und „Regime Change“-Bemühungen einstellt.

Statt Lippenbekenntnisse gegen nukleare Waffen verlangen wir den unverzüglichen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Es müssen die Atomwaffen aus Deutschland verschwinden, die „Nukleare Teilhabe“ beendet und deutsche Atombomber obsolet werden!

Rüstungsexporte müssen verboten, bewaffnete Drohnen geächtet werden.

Die Militärausgaben müssen generell drastisch reduziert werden, zugunsten von Investitionen in Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima- und Katastrophenschutz.

Die „Ampel-Koalition“ hat sich auch verpflichtet, die „NATO-Fähigkeitsziele“ zu erfüllen und die Aufrüstung entsprechend weiter zu forcieren. Dafür muss sie den Militäretat, der in den letzten Jahren bereits auf über 50 Mrd. Euro gestiegen ist, weiter aufblähen.

Künftig soll für einen „vernetzten und inklusiven Ansatz“ sogar drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, d.h. über 100 Mrd. Euro für „internationales Handeln investiert“ werden. Deutschland soll damit parallel zur Erfüllung seiner NATO-Verpflichtungen auch „seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik“ stärken können.

Das würde nicht nur eine drastische Erhöhung der Militärausgaben verschleiern helfen, sondern auch eine stärkere Verbindung ziviler und militärischer Aktivitäten ermöglichen – mit dem offensichtlichen Ziel, eine intensivere, stark militarisierte Großmachtspolitik betreiben zu können.

Zur Ausweitung der offensiven militärischen Fähigkeiten hat die neue Koalition u.a. die Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen beschlossen sowie das Vorantreiben des neuen Luftangriffssystem FCAS aus Kampffjets und Drohnenschwärmen, das in den kommenden Jahren zig Milliarden Euro verschlingen wird.